



August 2013

## Vorwort der Geschäftsleitung der SPITEX BERN: Das Recht auf Hilfe und Pflege zu Hause ist gefährdet!

Liebe Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern, geschätzte Entscheidungsträger und Partner im Gesundheitswesen

Ende Juni 2013 hat die Regierung des Kantons Bern ein Sparpaket vorgelegt, welches dramatische Auswirkungen für Sie und die Spitex hätte.

So plant der Regierungsrat unter anderem, die Spitex mit folgenden Sparmassnahmen **9x stärker** zu belasten als beispielsweise die Spitäler oder die Psychiatrie:

- Ab 2014 sollen die kantonalen **Beiträge an die ärztlich verordneten hauswirtschaftlichen und sozialbetreuerischen Leistungen** für Menschen mit einem Einkommen unter CHF 50'000 pro Jahr komplett wegfallen. **Konsequenz:** Sie und Ihre Angehörigen müssten in Zukunft für diese Leistungen vollumfänglich selbst aufkommen. Ein Kostenanstieg von bis zu 300 Prozent wäre die Folge.
- Weiter ist geplant, die **Beiträge an die Versorgungspflicht der öffentlichen Spitex-Organisationen**, wie beispielsweise der SPITEX

BERN, für pflegerische, hauswirtschaftliche und sozialbetreuerische Leistungen zu kürzen. **«Versorgungspflicht»** bedeutet, dass Patienten unabhängig von Einsatzdauer, Anfahrtsweg sowie ihrer persönlichen Lebensumstände betreut werden. Konkret heisst das, dass die SPITEX BERN einen Patienten auch dann betreut, wenn nach einer Fahrt quer durch die Stadt lediglich ein kleiner Verband gewechselt oder der Patientin die tägliche Dosis Augentropfen verabreicht werden muss. **Konsequenz:** Für die Spitex würde die weitere Übernahme der Versorgungspflicht gravierende finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen. Arbeitsplätze würden gefährdet und die Qualität unserer Dienstleistungen stark beeinträchtigt.

Damit wäre der Kanton Bern der erste Kanton der Schweiz, der seiner Bevölkerung keine **adäquate**, auf Bundesebene gesetzlich verankerte Hilfe und Pflege zu Hause mehr ermöglicht.

### SPAREN JA – ABER NICHT BEI DEN GRUNDRECHTEN

Dass Menschen heute möglichst lange gut versorgt und betreut zu Hause leben können,

dies entspricht einem Grundrecht unserer Gesellschaft. Mit dem vorgeschlagenen Sparpaket stellt die Regierung den Stellenwert dieses Rechts in Frage.

### AMBULANTE GRUNDVERSORGUNG FÜR ALLE!

Nun liegt es auch in Ihren Händen, die Weichen für die Zukunft unserer Gesellschaft zu stellen. Es gilt jetzt, unter allen Umständen sicherzustellen, dass:

- den Einwohnern im Kanton Bern nebst der Spitzenmedizin eine solide, professionelle und ganzheitliche ambulante Grundversorgung für **alle** zur Verfügung steht;
- mit Blick auf die demografische Entwicklung die ambulante Grundversorgung nicht vernichtet wird;
- es auch in Zukunft möglich ist, im Kanton Bern in Würde gut betreut, gepflegt und begleitet zu Hause zu leben.

Wir danken Ihnen ganz herzlich für Ihre Unterstützung im gemeinsamen Kampf um eine menschenwürdige ambulante Versorgung.

Ihre SPITEX BERN

# Ein Schlag ins Gesicht der Spitex des Kantons Bern

Die geplanten Sparmassnahmen in der ambulanten Krankenpflege hätten weitreichende Auswirkungen für zahlreiche hilfe- und pflegebedürftige Menschen zu Hause und für Spitex-Mitarbeitende. Die öffentliche Spitex müsste künftig gewisse Einsätze ablehnen und hunderte Hauswirtschafts-Mitarbeitende entlassen. Der SPITEX Verband Kanton Bern wehrt sich mit allen Mitteln gegen dieses Sparpaket. Verbandspräsidentin Lisa Humbert-Droz im Gespräch mit unserer Redaktion.

*Redaktion: Laut Sparabsichten des Kantons muss auch die Spitex sparen. Warum wehren Sie sich so vehement gegen dieses Sparpaket? Allen Bereichen im Gesundheitswesen werden Gelder gestrichen.*

**Lisa Humbert-Droz (LHD):** Die Hälfte dieser Sparmassnahmen tragen unsere Patientinnen und Patienten. Und die öffentliche Spitex soll überproportional sparen. Trotz des im Bericht zum Sparpaket erkannten Potenzials von 8 Mio. Franken sollen die öffentliche Spitex und ihre Patientinnen und Patienten 20 Mio. Franken sparen! Das sind 29,5% der bisherigen Leistungszahlungen des Kantons. Die anderen Bereiche des Gesundheitswesens müssen zwischen 3,5% und 8% sparen. Aber damit nicht genug. Die Sparmassnahmen betreffen nur die öffentliche Spitex, also die Spitex-Organisationen, die nicht gewinnorientiert arbeiten. Bereits vor zwei Jahren mussten wir auf 20 Mio. Franken bzw. auf

**«Die Sparmassnahmen betreffen (fast) nur die öffentliche Spitex, also jene mit Versorgungspflicht».**

24% verzichten. Genug ist genug. Ich erinnere daran: Regierung und Grossrat haben mit dem Altersleitbild 2005 die Strategie «ambulant vor stationär» implementiert und 2007 und 2011 bekräftigt. Die Anzahl Bet-



Lisa Humbert-Droz, Präsidentin SPITEX Verband Kanton Bern

ten in den Heimen konnte dank der öffentlichen Spitex bei 15'500 stabilisiert werden. Die Einführung der Fallpauschale in den Spitälern hat die öffentliche Spitex ebenfalls aufgefangen. Die Regierung will in einem schweizweiten Einzelgang das Erfolgsmodell Hilfe und Pflege zu Hause zerstören.

*Wenn es nach der Kantonsregierung geht, sollen die Beiträge an die Versorgungspflicht der öffentlichen Spitex in der Pflege um 25% und in der Hauswirtschaft um 50% gekürzt werden. Was sind die konkreten Folgen für die Patientinnen und Patienten?*

**LHD:** Die Kantonsregierung setzt mit diesen massiven Kürzungen die Versorgungssicherheit aufs Spiel. Bis anhin hat die öffentliche Spitex die Versorgungssicherheit gewährleistet und jeder Person im Kanton Bern, unabhängig ihres Einkommens und unabhängig davon ob die Einsatzdauer kurz und der Weg zum Einsatzort weit ist, Pfl-

ge, Hauswirtschaft und Betreuung zukommen lassen. Sollten die Entschädigungen für diese Leistungen gekürzt werden, so wird die öffentliche Spitex mittelfristig die Versorgungspflicht nicht mehr übernehmen können. Das hätte zur Folge, dass sie z.B. keine Einsätze mehr leisten kann, die nicht mindestens eine halbe Stunde dauern. Auch müssten dann Anfragen von Ärzten, abgelegene wohnende Menschen zu pflegen, abgelehnt werden. Wer wird diesen Menschen künftig den Blutzucker messen und das Insulin verabreichen, oder wer wird ihnen vor dem Aufstehen die Stützstrümpfe an- und vor dem Schlafengehen wieder ausziehen?

*Weniger Geld für die Verpflichtung zur Grundversorgung hiesse also, dass dieser service public nicht mehr gewährleistet wäre. Was bedeutet das für die öffentlichen Spitex-Betriebe?*

**LHD:** Bei gleicher Leistungsmenge wie bis anhin würden die Einnahmen zwi-



schen 4 und 5% sinken. Mehr als die Hälfte der öffentlichen Spitex-Organisationen würden damit in die roten Zahlen rutschen und wären dadurch gezwungen, ihre Leistungsangebote zu reduzieren. Als Konsequenz daraus ergäben sich vermehrt frühere Spitaleintritte, längere Spitalaufenthalte, häufigere Besuche beim Hausarzt und frühere Heimeintritte. Und pflegende Angehörige würden massiv mehr belastet.

**Sind vom Sparpaket vor allem ältere Leute betroffen?**

**LHD:** Nicht nur. Aber diese Menschengruppe trifft es am härtesten. Wer erledigt die Einkäufe für gebrechliche Leute zu Hause und sorgt für deren ausreichende Ernährung? Wer bemerkt frühzeitig, dass sich der Gesundheitszustand und die allgemeine Lebenssituation eines Menschen oder eines Ehepaares zu Hause allmählich verschlechtern? Die Prävention würde entfallen, frühere Heimeintritte wären unumgänglich – ver-

**«Stimmt der Grosse Rat dem Sparpaket zu, belastet er pflegende Angehörige und Patienten zusätzlich.»**

bunden mit einer finanziellen Mehrbelastung für den Kanton. Wer vermögend ist, kann die Hauswirtschaftshilfe und die Betreuung selber «bestellen» und zahlen. Die Massnahmen der Regierung treffen Menschen mit einem steuerbaren Einkommen inkl. Vermö-

gen von unter Fr. 50'000.–. Dies sind unerträgliche Aussichten. Stimmt der Grosse Rat diesem Paket zu, spart er auf dem Rücken der Schwächsten im Kanton.

**Bei den hauswirtschaftlichen und sozialbetreuerischen Leistungen streicht die Regierung die Entschädigung für die Versorgungspflicht um die Hälfte und jene für kleine Einkommen/Vermögen sogar ganz. Was bedeutet dies für die öffentliche Spitex?**

**LHD:** Offenbar ist sich der Kanton der demografischen Entwicklung nicht bewusst. Er kann nicht bei «ambulant vor stationär» bleiben, keine Heimbetten bauen wollen und gleichzeitig die Hilfe zu Hause marginalisieren. Den Fünfer, das Weggli und die Butter gibt es nicht. Die Regierung ist sich der Konsequenzen ihres Sparauftrags nicht bewusst. Stoppt sie die Entschädigungen für hauswirtschaftliche und sozialbetreuerische Leistungen, so steigt der Preis für hauswirtschaftliche und sozialbetreuerische Einsätze durch die öffentlichen Spitex auf rund Fr. 60.– pro Stunde, was sich viele Menschen nicht mehr leisten können. Pensionierte Personen mit wenig Vermögen könnten diese Spitex-Leistungen zwar zu einem gewissen Teil über die Ergänzungsleistungen finanzieren. Wer keine AHV bezieht, der kann nicht einmal das. Wer also nach einem Spitalaufenthalt dank Hilfe zu Hause daheim sein könnte, muss sich das leisten können oder zum Sozialdienst. Wo bleibt der angestrebte Spareffekt? Die Regierung setzt auf Pflege und verzichtet auf Hauswirtschaft und sozialbetreuerische Leistungen. Sie steht damit im Widerspruch zum Sozialhilfegesetz, das ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben für alle Menschen im Kanton verlangt und dabei auf Hilfe und Pflege zu Hause setzt. Ich betone: Hilfe **und** Pflege.

**Noch zu den personellen Auswirkungen der Sparpläne: Müsste die öffentliche Spitex tatsächlich Hauspflegerinnen, Fachan-**

**gestellte Gesundheit und Haushilfen entlassen?**

**LHD:** Ja, und zwar in grossem Ausmass. Aufgrund der vorliegenden Sparpläne und den Reaktionen auf das letzte Sparpaket rechnet die öffentliche Spitex mit einem Nachfrageeinbruch im Bereich Hauswirtschaft

**«Das hiesse wiederum, dass im ganzen Kanton Bern bis zu 700 Stellen abgebaut werden müssten.»**

und Sozialbetreuung von zirka 50 Prozent. Das hiesse wiederum, dass im ganzen Kanton Bern bis zu 700 Stellen abgebaut werden müssten. Aber damit nicht genug: Wenn die öffentliche Spitex nur noch wenig hauswirtschaftliche und sozialbetreuerische Leistungen erbringen kann, so würden viele



Ausbildungs- plätze für Fachan- gestellte Gesundheits- heit wegfallen, denn deren Bildungsplan ist nicht ausschliesslich auf die Pflege ausgerichtet. Ich hoffe, dass es nicht soweit kommt und der Grosse Rat vernünftiger ist als die Regierung.

**Besten Dank für das Gespräch.**

# Die Fakten

## Ausgangslage

Die Angebots- und Strukturüberprüfung 2014 (ASP 2014) ist bereits das zweite Sparpaket, das die öffentliche Spitex und ihre Patientinnen und Patienten gefährdet. Die Grenze des Möglichen wird mit ASP 2014 überschritten. Bereits in der letzten Sparrunde musste die öffentliche Spitex CHF 20 Mio. bzw. 24% Einnahmenverlust schlucken. Nun soll sie erneut unverhältnismässige 29,5% sparen! ASP 2014 erkennt bei «Ambulante Krankenpflege» ein technisches Potenzial von CHF 8 Mio., die Regierung verlangt aber Einsparungen von 20 Mio. Stimmt der Grosse Rat zu, so stirbt seine Strategie «ambulant vor stationär». Dieser Entscheid wäre angesichts der demografischen Entwicklung unserer Bevölkerung geradezu fahrlässig. Deshalb wird sich der SPITEX Verband Kanton Bern, der die Interessen der 53 öffentlichen Spitex-Organisationen und ihre 4'000 Arbeitsplätze vertritt, mit allen Mitteln gegen dieses widersprüchliche und unsinnige Sparpaket wehren.

## Grundlagen für Spitex-Leistungen

### Sozialhilfegesetz (SHG)

vom 11. Juni 2001, Artikel 58ff

Das SHG nennt explizit unter Artikel 67 «Behinderungs- oder altersbedingter Pflege- und Betreuungsbedarf bei Erwachsenen  
c) Organisationen der Hilfe und Pflege zu Hause (Spitex-Organisationen)»  
dito Artikel 68 für Kinder und Jugendliche

### Altersleitbild 2005

grossmehrheitlich bestätigt vom Grosse Rat 2007 und 2011

### «Ambulant vor stationär»

als Strategie der ambulanten Grundversorgung mit dem Ziel, den Stand der Bettenzahl in Heimen bei 15'500 zu stabilisieren. Das ist dank Spitex gelungen.

### Pflegeleistungen und Hauswirtschaft und sozialbetreuerische Leistungen (HWSL) sind immer ärztlich verordnet.

Nur wenn ein Arzt Bedarf feststellt und Spitex-Leistungen verordnet, beteiligt sich der Kanton an den Kosten.

**Private Anbieter werden genau gleich entschädigt für ihre Leistungen wie die öffentliche Spitex** (mit Ausnahme des Beitrags an die Versorgungspflicht), ob sie Gewinne ausschütten oder nicht.

### Auftrag erfüllt: Unveränderte Anzahl Heimplätze

**Jahr 2000:** 700'000 Pflegestunden bei 34'000 Menschen

**Jahr 2011:** 1'800'000 Pflegestunden bei 46'000 Menschen

Die demografische Entwicklung, die Strategie «ambulant vor stationär» und die Einführung der Fallpauschalen haben zur Mengenausweitung geführt.

**Jahr 2000:** 700'000 Stunden HWSL

**Jahr 2011:** 600'000 Stunden HWSL

Trotz demografischer Entwicklung sind diese Einsätze rückläufig, d.h. die öffentliche Spitex setzt richtige Prioritäten.

### Versorgungssicherheit gewährleistet

Die öffentliche Spitex pflegt und betreut jede Person im Kanton Bern, unabhängig ihres Einkommens und unabhängig davon, wie kurz der Einsatz vor Ort und wie lang der Weg dorthin ist.

Einsatzdauer pro Pflege-Einsatz und Leistungserbringer:

**Öffentliche Spitex** 28 Min.

**Private Spitex** 45 Min.

**Selbständige Pflegefachperson** 58 Min.

### ASP 2014 «Ambulante Krankenpflege» betrifft nur die öffentliche Spitex

Trotz politisch gewollter Leistungssteigerung und Mengenausweitung musste die

öffentliche Spitex ein erstes Sparpaket von 20 Mio. Franken bzw. von 24% bereits in der letzten Sparrunde schlucken. Das aktuelle Sparpaket verlangt von der öffentlichen Spitex Einsparungen im Topf 1 von 29,85%! (Spitalversorgung 3.31%, Psychiatrie 1.78%).

Trotz des Sparpakets entschädigt der Kanton private Leistungsanbieter, unabhängig davon, ob sie Gewinne ausschütten oder nicht.

Die Spitex-Kosten sind mit knapp 5% Anteil an den kantonalen Gesundheitskosten vernünftig.

### Konsequenzen im Falle der Umsetzung des Sparpakets

**Politik:** Die Strategie «ambulant vor stationär» ist ausser Kraft gesetzt.

**Bevölkerung:** Das Paket spart auf dem Rücken der Armen, der Kranken und der Alten. Nur wer AHV oder IV bezieht, wird Ergänzungsleistungen (EL) beantragen können, sofern diese nicht ausgeschöpft sind. EL sowie frühere und längere Spitalaufenthalte und häufigere Arztbesuche bringen finanziellen Mehraufwand. Pflegende Angehörige werden noch mehr belastet.

**Öffentliche Spitex-Organisationen:** Im Bereich der Pflege wird der Einkommensrückgang von 4 bis 5% die Hälfte der Organisationen in die roten Zahlen bringen. Im Bereich der Hauswirtschaft und Sozialbetreuung wird ein Umsatzrückgang um geschätzte 50% erwartet.

**Mitarbeiter/innen der öffentlichen Spitex:** Trifft der Umsatzrückgang ein, werden bis zu 700 Stellen wegfallen.

### Fazit

Jede Person im Kanton Bern hat das Recht auf die Führung eines menschwürdigen und eigenverantwortlichen Lebens. Dazu gehören Hilfe und Pflege zu Hause (SHG Art. 1).

**Der SPITEX Verband Kanton Bern ruft den Grosse Rat auf, das Sozialhilfegesetz weiterhin anzuwenden, die Strategie «ambulant vor stationär» aus dem Altersleitbild zu bestätigen und alles zu tun, um der demografischen Entwicklung zu begegnen.**